

1. Fortsetzung: Nordkoreanisch-amerikanische Fortschritte in Sachen Souveränität und Weltmacht,

Teil III,

2. G20-Gipfel: Zur Randalie in Hamburg (GS 4-17)

1.

III. Amerikanische Korea-Politik unter Trump: „America first!“ in Nordost-Asien

— *Als erstes ist festzuhalten, dass Trump die Zwecke der Nordkorea-Politik mit seinen Vorgängern teilt: Mit dem Abdanken der Sowjetunion hat Nordkorea seine Existenzberechtigung verloren. Trump kommt zu dem Schluss, dass gemessen an dem Zweck seine Vorgänger gescheitert sind: Es gibt Nordkorea und seine Herrschaft noch. Deshalb hat er eine radikale Kritik an den Methoden seiner Vorgänger: Zum einen wurden bei den Sechser-Gesprächen die Interessen Nordkoreas berücksichtigt und zum anderen wurde dabei Regionalmächten wie China ein Mitspracherecht zugestanden. Damit soll Schluss sein.*

Wie kommt Trump auf den Vorwurf, seine Vorgänger seien *total gescheitert*?

— *Er kommt auf diesen Vorwurf, weil erstens das bezweckte Resultat nicht eingetreten ist, und weil zweitens die Rolle der anderen Beteiligten bei den Verhandlungen gestiegen ist.*

Allerdings könnte man doch feststellen, dass die USA bei der Verfolgung ihres Zwecks auch Sachen erreicht und andere nicht erreicht haben. Insofern bleibt die Frage, wieso es sich um ein totales Scheitern handelt. Trump nimmt Maß daran, dass die USA es sich angesichts ihrer totalen Überlegenheit überhaupt nicht leisten müssen, die Existenz Nordkoreas zu ertragen und sich mit den anderen Beteiligten der Sechser-Runde ins Benehmen setzen zu müssen; sich gar abhängig zu machen ist der USA unwürdig. Sie nehmen ihre Stärke als Maßstab, der sich die ganze Welt notwendigerweise zuordnen muss; das ist Trumps Ausgangspunkt und entsprechend sieht die Umgangsweise mit den anderen Nationen aus.

Was Trump seinen Vorgängern als ihr Scheitern anlastet, ist seine Übersetzung der Bilanz am Ende von Punkt II (S. 52), die objektiv widersprüchlich ist und Erreichtes und Nichterreichtes zusammenstellt. Von dem Standpunkt, dass Amerika sich angesichts seiner Möglichkeiten nicht mit der weiteren Existenz Nordkoreas abfinden muss, ist die Bilanz der Vorgänger ein einziges Zugeständnis, das Amerikas unwürdig ist. Trumps Vorgänger haben Amerikas Stärke nicht in Politik umgesetzt, woraus er die entsprechende Konsequenz zieht.

— *Diese Konsequenz besteht in verstärkter Aufrüstung, einer Raketenabwehr in Südkorea, vermehrt U-Boote und Flugzeugträger im Seegebiet um Korea und der Bereitschaft Atomwaffen einzusetzen. Wann zugeschlagen werden soll, lässt Trump offen und demonstriert damit seine Unberechenbarkeit.*

Wie ordnen sich die größeren Rüstungsanstrengungen in die Fehlerdiagnose bezüglich seiner Vorgänger ein?

— *Trump sagt, die Zeit der wirkungslosen kollektiven Diplomatie sei vorbei. Nordkorea sei zu zerstören und der Little Rocket Man gehöre weg.*

Es ist nicht sein Zweck, Korea völlig zu zerstören, sondern es geht darum, diesen Staat mit seinem gegnerischen Willen auszuschalten und zu beseitigen; Trump droht dazu mit der völligen Zerstörung. Andererseits sagt er immer: „Möge Gott uns davor bewahren, dass wir das tun müssen.“ Worauf setzt er dann? Er setzt auf die Wirkung seiner Drohung und macht sich dabei von keinem anderen abhängig. Allein dadurch, dass sich Amerika in der Weise entschlossen zeigt, hat es das Mittel, sein Ziel zu erreichen. Die Zerstörung behält Amerika sich vor, das liegt allein in seiner Entscheidung und dies soll die anderen zum Nachgeben zwingen. Dabei erfährt er auch, dass Drohungen nicht ohne Weiteres wirken, was ihn zu weiteren Maßnahmen bewegt.

— *Das ist seine Sorte Diplomatie, die er mit seiner Entschlossenheit betreibt: Entweder ihr führt die Kapitulation Nordkoreas durch, indem ihr es sanktionsmäßig stranguliert, so dass es von selber aufgibt, oder wir gehen gegen Nordkorea und auch euch vor, die ihr die Sanktionen unterläuft. Dies ist vor allem an China und Russland gerichtet, die im Kriegsfall mit Nordkorea auch betroffen wären.*

Ob man dazu Diplomatie sagt oder es so charakterisiert, dass er mit diesem Vorgehen die übliche Diplomatie bricht, ist egal. Das ist aber sein Vorgehen gegenüber den anderen: Er sagt, er setzt auf jeden Fall seinen Willen durch und die anderen seien zum Mitmachen vorgesehen. Wenn sie nicht mitmachen, gibt es zwei Möglichkeiten: Erstens droht er, all diejenigen, die sich dem nicht unterordnen, selber mit Sanktionen zu belegen; zweitens droht er mit einem Krieg vor ihrer Haustür, der ihnen nicht recht sein kann und von dem sie in Mitleidenschaft gezogen werden.

Dass Trump mit der Tatsache kalkuliert, dass Nordkorea über Atomwaffen verfügt, ist die Grundlage davon, dass er China damit erpressen will, seine Potenzen gegen Nordkorea einzusetzen. Denn dies ist die einzige Art und Weise, Nordkorea zu strangulieren und fertigzumachen noch vor dem vernichtenden Krieg gegen Nordkorea. Die entschlossene Drohung mit dem Krieg fällt in die Abteilung dessen, was er seinen Vorgängern vorwirft: dass die nicht glaubwürdig genug dem Rest der Welt die amerikanische Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen klargemacht haben. Es ist ihm ernst und ihm ist diese Drohung der Zerstörung Nordkoreas abzunehmen.

Die andere Seite ist, dass er hofft, dass dies nicht notwendig sein wird. Das bezieht sich darauf, dass er seinerseits durchaus auch eine Alternative zum Krieg kennt, nämlich die ökonomische und politische Strangulierung Nordkoreas unter Einspannung Chinas. Nur sieht dies bei ihm etwas anders aus. China anerkennt er nicht als mitordnende Weltmacht, sondern nimmt es in die Pflicht, für Nordkoreas Entwaffnung zu sorgen. Er gibt China die Schuld daran, dass Nordkorea überhaupt noch existiert, weil es nach wie vor Handel

mit ihm treibt und es unterstützt. Es ist ein Angriff auf China derart, dass es mit der Konsequenz rechnen muss, dass die USA erstens gegen China mit Sekundärsanktionen vorgehen und zweitens dann eben Krieg geführt werden muss, wenn es Nordkorea weiter am Leben hält.

Der Zweck ist die Strangulierung Nordkoreas, den setzt Amerika auf die Tagesordnung und definiert freihändig, unabhängig von irgendwelchen UNO-Beschlüssen, was an Sanktionen verbindlich für die ganze Welt sein soll. Die Sekundärsanktionen richten sich gegen jedermann, der dieses amerikanische Verdikt nicht mitträgt – dies mit den Mitteln des Dollarimperialismus: Ruinierung der Geschäfte von Banken, wenn sie mit Nordkorea Geschäfte machen, usw.

— *Bei den sekundären Sanktionen merkt man, dass China nicht nur eine andere Politik machen soll, sondern man diesen Staat zu dem zwingen muss, was man von ihm haben will. Denn das, was China machen soll, widerspricht den chinesischen Interessen. Davon haben die Amerikaner ein Bewusstsein, wenn sie anfangen, den Chinesen äußere Gründe zu liefern, warum sie spüren sollen. Diese äußeren Gründe sind die Strafmaßnahmen, die sie von den USA zu gewärtigen haben.*

Und das muss aus Sicht Amerikas auch ein Wirtschaftskrieg sein, der mit Hilfe der Chinesen gegen Nordkorea zu führen ist und so die Kapitulation Nordkoreas erzwingt. Unterhalb dessen taugt Chinas Beihilfe nichts. Deswegen ist auch der Gegensatz zu China so zwingend.

Zum einen zielt das Sanktionswesen darauf, Nordkorea zur Kapitulation zu zwingen: Das, was normalerweise durch einen Krieg erreicht wird, soll durch die politische und ökonomische Strangulierung erreicht werden. In Richtung China ist es die Offensive, erstens ihm sein Interesse an Nordkorea als strategischer Pufferstaat zum von Amerika dominierten Südkorea zu bestreiten. Zweitens, weil Nordkoreas Existenz nicht zuletzt an der Unterstützung durch China hängt, wird China selber als Gegner ins Visier genommen und eine Politik betrieben, die darauf dringt, diesen Gegensatz zu China auch in der Weise auszutragen, dass man China mit Sanktionen oder der Alternative eines vor seiner Haustür stattfindenden Krieges droht.

Das ist nicht gleich die Feindschaftserklärung gegen China, sondern erst einmal die Klarstellung, dass China keine Macht ist, die sich dem US-Willen widersetzen kann. Insofern liegt eine Degradierung Chinas vor. Sanktionen gegen ein Land durchzusetzen, fand bisher über den UN-Sicherheitsrat statt. Trump macht sich jedoch nicht von der Zustimmung anderer abhängig, sondern erklärt dies einseitig. Damit ist zugleich gesagt, die einzige weltbestimmende Macht, die es gibt, sind allein die USA und alle anderen haben sich dem unterzuordnen.

— *Dazu passt, dass die USA den Atomkrieg führbar machen wollen, wenn sie jetzt ein neues Programm auflegen, durch das Raketen mit kleineren Atomsprenköpfen hergestellt werden sollen. Darin steckt die Ansage, dass es keine Macht gibt, auf die die USA Rücksicht nehmen.*

Es geht hier darum zu klären, wie der Gegensatz ausgetragen wird. Von den USA werden einseitig Sanktionen verhängt, auf die sie den ganzen Rest der Welt inklusive China verpflichten. China soll sich dem, was unmittelbar gegen seinen Zweck, sein Interesse gerichtet ist, anbequemen. D. h. es soll akzeptieren, dass es sich Amerika unterordnen muss. Und es muss damit rechnen, wenn es der amerikanischen Nordkorea-Politik nicht zum Erfolg verhilft, dass die USA dies per Krieg in die Hand nehmen.

— *Man sieht auch, dass z. B. die Verhandlungen zwischen Süd- und Nordkorea gar nicht in Trumps Überlegungen vorkommen.*

Er hat diese Verhandlungen nicht bestellt und sie interessieren ihn auch nicht. Südkorea hat andere Interessen am Verhältnis zu Nordkorea als Amerika und insbesondere ist dem Süden bewusst, dass er im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung auch zum Schlachtfeld würde. Andererseits gibt es in Amerika auch keine Aufregung darüber, wenn jetzt Nord- und Südkorea unter einer Flagge bei Olympia auftreten. Vom Trump'schen Standpunkt aus wird darauf keine Rücksicht genommen.

— *Die Mächte, die sich dem amerikanischen Willen unterordnen sollen, haben selbst keine Gründe, den nordkoreanischen Willen so zu zerstören, wie es die USA verlangen. Daraus entsteht für Trump die Notwendigkeit, seine Vorhaben auch wirklich glaubhaft zu machen (siehe letzten Absatz S. 62). Aber wie kommt aus dem, dass Trump sagt, er sei zu einem Krieg bereit, diese Glaubhaftigkeit heraus? Kommt das aus der kriegerischen Aufrüstung Amerikas in Südkorea und im Pazifik? Nur die Drohung mit dem Krieg kann doch nicht der Witz sein.*

Die Drohung mit Krieg hat eine neue Qualität. Vorbereitet und untermauert wird sie mit dem militärischen Aufmarsch ebenso wie mit der Entwicklung von kleinen, taktischen Atomwaffen, was ein Zeichen seiner Entschlossenheit ist, den Krieg mit maßgeschneiderten Waffen führbar zu machen. Dazu gehört auch die jüngste Feststellung, dass Nordkorea immer noch Handelsbeziehungen zu anderen Staaten und dadurch ausländische Deviseneinnahmen hat, mit dem Impetus, dass man feststellen müsse, wer die Verbrecher sind, um sie dann zu sanktionieren. Das gehört zum Willen des Niederringens, des Glaubhaftmachens, immer aufs Neue den Finger darauf zulegen, was nicht richtig läuft und was weiterhin an Eskalation notwendig ist und auch betrieben wird. Es ist ja gerade das Problem von Trump, dass er seine Entschlossenheit glaubhaft machen muss. Selbst wenn er von „Gott hofft“, dass der ihn vor dieser schrecklichen Entscheidung bewahren möge, und der (kriegerische) Zweck sich ohne Krieg verwirklichen lässt, ist das genau die Drohung mit diesem Schrecken.

— *Dazu dient ihm als Mittel seine Unberechenbarkeit. Wenn er seine Entschlossenheit wirklich glaubhaft machen wollte, müsste er sie praktisch werden lassen. Dies hätte aber auch für ihn (schädliche) Konsequenzen.*

Er kann aber auch sagen, das ist jetzt nötig. Jedenfalls ist klargestellt, dass er sich die Entscheidung vorbehält, dass er die mit niemand verhandelt, keine Rüstungsdiplomatie treibt und sich nicht mit anderen Atommächten ins Benehmen setzt, wie man mit der Atombewaffnung umzugehen hat, sondern sich das ganz autonom vorbehält. Damit muss insbesondere China immerzu rechnen. Dass sie sich in einem gewissen Maß beeindruckt sehen, ist der chinesischen Politik auch anzumerken: „Wenn ein Krieg ausbräche, wären die Folgen unvorstellbar.“ (S. 63)

Den letzten Satz muss man nicht als Erfolgsmeldung für Trump sehen; man kann auch feststellen: deswegen überlegen sich Russland und China einiges. Was die dann machen, wird man sehen.

— *Gerade das Glaubwürdig-Machen sowohl mit diesem Beschluss, kleine Atomwaffen herzustellen oder das Raketenabwehrsystem in Südkorea zu installieren, sind alles neue, brutale, einseitig beschlossene Übergänge, auch Vertragsbrüche zum Abkommen mit Russland ... Das Raketenabwehrsystem (THAAD-System mit hochauflösendem Radar) ist in der Lage, nach China hinein alle militärischen Aktivitäten abzuhorchen. Dazu sagen die USA, diesen weiten Schall hätten sie nicht eingeschaltet. Eine Kontrolle der Reichweite durch China wird natürlich nicht gestattet. Das sind Übergänge, die Atomwaffen Chinas zu neutralisieren, China als Atommacht zu entwerten.*

Da ist also weniger die Führbarkeit des Krieges gegen Nordkorea der Witz, sondern die Entwertung des atomaren Machtpotentials Chinas und Russlands.

2. G20-Gipfel: Zur Randale in Hamburg (GS 4-17)

Gegen den Artikel gab es Einwände. Deshalb – und weil der Artikel einige Klarstellungen über Demokratie und falsche Opposition enthält, sollte man ihn hier besprechen.

1. Im 1. Punkt ist es unser Anliegen zu erklären, was so ein Gipfel für eine Veranstaltung ist, und wie aus dem Zweck dieser Inszenierung heraus ein besonderes Bedürfnis für die Staatsgewalt besteht, den Gipfel ordentlich, d.h. in ihrem Sinne über die Bühne zu bringen und Flagge zu zeigen gegen die, die dagegen Opposition machen.

Bei diesem Gipfel, den Deutschland in Hamburg veranstaltet hat, sollte im Gegensatz zu früheren Veranstaltungen nicht nur das Verantwortungsbewusstsein der führenden Figuren, die sich da im großen Rahmen treffen, um sich um die Probleme der Welt zu kümmern, herausgestellt werden, sondern dass es von deutscher Seite dazugehört, einen Dialog mit der sogenannten Zivilgesellschaft zu führen. Merkel hat Rahmenveranstaltungen initiiert und mit Kritikern ihrer Politik diskutiert. Als Besonderheit sollte unsere Dialogbereitschaft herausgestrichen werden – damit hat man sich ins Verhältnis gesetzt zu anderen Staaten, v.a. Staatsmännern wie Putin und Erdogan –, also dass in Deutschland ein lebhaftes demokratisches Innenleben selbstverständlich ist. Genauso war aber von Anfang an klar, dass zu diesem Sich-Rausstreichen als besonders demokratische und für Kritik aufgeschlossene Nation von vornherein dazu gehört, dass jeder, der sich auf diese Art von oben eröffneter und erlaubter Dialogbereitschaft nicht einlässt, mit einem massiven Polizeiaufgebot und der Justiz zu rechnen hat. Es wurde im Vorfeld klargestellt, dass die Sicherheitskräfte in der Lage sind, einen ordnungsgemäßen Ablauf der Veranstaltung jenseits von Protest und Blockadeversuchen zu gewährleisten. Soviel zur Kennzeichnung der Veranstaltung im Verhältnis von erlaubter und verbotener Kritik.

— *Es war auch ein wichtiger Punkt für die Kanzlerin, dass dieser friedliche Protest Themen aufnahm, die die Politik sich selbst auf die Fahnen schreibt, um gegenüber Trump aufzutrupfen. Themen wie Umwelt oder Freiheit des Handels sind alles Dinge, die Merkel zupasskommen, um zu sagen, dass Deutschland gegenüber Trump Verantwortung zeigt. Es war der Politik genehm ...*

... dass es eine Form von Kritik Richtung Trump gibt, die sich von Oben sehr gut vereinnahmen lässt.

Aber der demokratie-theoretisch wichtige Punkt hier ist, dass dieses Vereinnahmen funktioniert, ganz ohne Themen, die zu den nationalen Anliegen passen. Die deutsche Demokratie ist schon allein dadurch geadelt, dass sie diesen zivilgesellschaftlichen Dialog führt; das zeichnet Deutschland vor allen möglichen anderen Staaten aus. So kommt es auf den Inhalt gar nicht übermäßig an, weil die praktische Bedeutungslosigkeit von dem, was vorgebracht wird, mit dem, wie es vorgebracht wird, schon beschlossen ist. Andererseits wird der Versuch, sich diesem Einvernehmen zu entziehen, in der Öffentlichkeit als pure Gewalt konstatiert und deshalb interessiert der Inhalt wieder nicht. Die Sortierung unterscheidet friedlichen Protest von Gewalttätigen und letztere werden gleich ohne Behandlung ihrer Anliegen unter das Thema Innere Sicherheit subsumiert.

Gegen die Gewalttäter wird mit aller Konsequenz und Härte vorgegangen. Der Anspruch vom Ausgangspunkt her, dass die Veranstaltung geordnet stattfindet, wurde durch diese Auseinandersetzung konterkariert und hatte zur Konsequenz, dass die offizielle Politik und die Sicherheitsorgane sich beschuldigten, Versäumnisse begangen zu haben und auf dem linken Auge blind gewesen zu sein. Eine beispiellose Verfolgungsaktion wurde gestartet.

2. — *Was ist das für eine Auskunft über die Demokratie? Im 2. Punkt geht es um „die Zwickmühle der Demonstrationen“, die der Staat den Demonstranten aufmacht. Der allgemeine Widerspruch sieht so aus, dass der Staat das Demonstrieren erlaubt und zugleich von den Demonstranten verlangt, die Gewalt des Staates zu akzeptieren und anzuerkennen, dass der Staat ihnen vorgibt, wo es langgeht. Speziell gibt der Staat vor, wie das Demonstrieren abzulaufen hat und daran müssen sich die Demonstranten abarbeiten. Sie müssen die vorgegebenen Regeln einhalten.*

— *Die Zwickmühle der Demonstranten ist, dass das, was sie als Protest vortragen, nur als Meinungsäußerung und als Antrag an die Regierung formuliert werden soll. Die entscheidet dann darüber, ob*

und wie sie dem nachkommt. Der Protest wird so zur bloßen „Meinung“, auf der man nicht beharrt. Der Kritiker muss seinen Willen zum Protest relativieren.

— Er muss seinen Willen an jeder Menge Auflagen relativieren. Man könnte sagen, je radikaler der Protest, desto minutiöser die Auflagen, die er zu erfüllen hat, um gerade auf diese Weise die Unterwerfung unter die Staatsgewalt praktisch zu machen

— Das ist der Prüfstein für die Anerkennung der Staatsgewalt. Die Demonstranten in Hamburg wollten klarstellen, dass sie sich nicht eingemeinden lassen. Aber die Eingemeindung ist durch die Handhabung des Demonstrationsrechts gar nicht zu vermeiden. Weil der Staat per Polizeigewalt darauf besteht, dass die Demonstranten den Vorrang des Ordnungsmonopols des Staates anerkennen, ist deren Protest nichts anderes als Meinungsäußerung. Auch wenn es nicht ihre Absicht ist, einen Appell an den Staat zu richten, können sie nichts anderes tun als ihre Beschwerde an die Politik zu adressieren. Das ist eine objektive Schwierigkeit, die der Staat den Demonstranten aufmacht. Die Autonomen betonen in ihrem Aufruf, dass sie sich nicht eingemeinden lassen wollen und glauben, sie hätten in der Randalie eine Methode dafür.

Der Witz ist doch, dass eine Demonstration nur unter bestimmten Bedingungen und mit Auflagen stattfinden darf. Das ist das erste: Kritik und Protest sind nur erlaubt, wenn diejenigen, die auf die Straße gehen, anerkennen, dass der Staat das Gewaltmonopol hat, also das grundsätzliche Verhältnis von oben und unten akzeptieren. Das heißt für den Inhalt des Protests, dass er zum Unwichtigsten der ganzen Veranstaltung erklärt wird. Wenn eine Demo genehmigt ist, dann ist der Inhalt von vornherein gleichgültig. Auch die Öffentlichkeit interessiert an einer Demo vor allem, ob sie erlaubt ist und ordnungsgemäß stattfindet. Auf diese Weise wird die Kritik, der Einwand gegen eine Sache damit vereinnahmt, dass mal wieder jemand demonstrieren durfte.

Es darf aber nicht untergehen, dass auch eine Demo nicht unbedingt verboten wird, wenn verfassungsfeindliche Inhalte gesagt werden. Der Witz ist, dass diejenigen, die ihre Meinung da frei äußern dürfen, genau vom Verfassungsschutz untersucht werden und mit Konsequenzen für ihr bürgerliches Leben zu rechnen haben. Das behält sich der Staat vor. Man soll also nicht meinen, die Demonstrationsfreiheit bestünde darin, dass der Staat sich die Verfassungsfeindlichkeit der Äußerungen und derer, die sie äußern, nicht merkt (kein Schal vorm Gesicht!) und entsprechend verfolgt. Die Demonstration selbst aber wird nach den rechtlichen Kriterien betrachtet. Die vorgeschriebenen Auflagen müssen eingehalten werden und es darf kein Aufruf zu Straftaten sein. Bis auf diese Einschränkungen darf jede Kritik vorgebracht werden, das gehört zur Demonstrationsfreiheit. Aber was der Staat sich zu den geäußerten Inhalten vorbehält, ist eine ganz andere Sache. Berufsverbote sind ja oft damit begründet worden, dass einer an Demonstrationen teilgenommen hat.

Die „Zwickmühle der Demonstrationsfreiheit“ besteht also darin, dass ein Protest im Rahmen des Rechts nur eine Meinungsäußerung sein kann und der Inhalt dementsprechend nebensächlich ist.

— Der Inhalt ist nicht automatisch nachrangig, v.a. für die Veröffentlichung des Anliegens. Ob der Inhalt in der Presse breitgetreten wird, hängt davon ab, welches öffentliche Interesse daran besteht. Eine Anti-Pegida-Demo im Osten mit 500 Leuten erhält eine ganze Seite in der SZ. Es hängt also auch davon ab, inwieweit sich das Thema benützen lässt. Das nimmt nichts davon zurück, dass der erste Gesichtspunkt die Rechtmäßigkeit ist.

Bei dem G20-Gipfel hat man gesehen, wie mit Protest umgegangen wird, wenn so eine Demo nicht friedlich abläuft. Dann ist erst recht nichts mehr von dem Inhalt der vorgebrachten Argumente zu hören, sondern alles wird subsumiert unter das Verdikt ‚Gewalt‘ und entsprechend behandelt.

Die Presseämter und die Polizei machen durchaus Unterschiede bei den Demonstrations-Genehmigungen zwischen den beantragenden Gruppen. Das Polizeiarargument lautet: Wenn einer fundamental kritische Forderungen stellt und entsprechende Transparente trägt, dann kann dies die öffentliche Ordnung gefährden, weil sie Gegner auf den Plan ruft oder dem Ansehen der BRD schadet (Beispiel Öcalan-Demo, die verboten wurde, weil Öcalanfahnen hochgehalten worden sind.) In den Auflagen wird schon klargestellt, was als Kritik erlaubt ist und was auf jeden Fall verboten ist.

Wenn die staatsreue Gesinnung eines Veranstalters und seiner Demonstranten bezweifelt wird, sind die Auflagen entsprechend kleinlich und der Test, ob sie eingehalten werden, entsprechend strenger. Der G20-Gipfel war für die Bundesrepublik ein hochrangiges Schutzobjekt, bei dem man mit dem entsprechenden Polizeiaufgebot unbedingt für einen reibungslosen Ablauf sorgen wollte.

3. — Die Veranstalter beschwerten sich darüber, dass man ihnen nachsagt, sie wollten die Gewalt dadurch aufzeigen, dass sie sich verprügeln lassen. Tatsächlich finde ich für diesen Vorwurf den Beweis weder im Zitat noch im Text durchgeführt.

Als Erstes muss festgehalten werden, dass im Text eine andere Aussage steht als der Vorwurf, dass sich die Demonstranten verprügeln lassen möchten. Ihr Anliegen ist, sichtbar zu machen, womit sie es zu tun haben. Man muss sich die Frage stellen, ob ein richtiges Urteil über die Welt dahinter steckt bei dem, was sie in Szene setzen.

Sie machen ihre Demo, damit diese zynische Gewalt sichtbar wird, von der sie in dem Zitat behaupten, dass sie überall auf der Welt die Gleiche sei: Überall, sei es in Brasilien oder in Hamburg, schützen Polizei und Militär Ausbeutung und Verelendung. Soll wirklich der Witz von Kapitalismus und Imperialismus sein, dass überall Gewalt herrscht?

— Für die Verfasser des Aufrufs genügt Kapitalismus als Wort. Es folgt kein Nachweis. Das ist das Wort für jede Sauerei, die sie auf der Welt entdecken.

Die Demonstranten von Hamburg wollen der (schon besprochenen) Zwickmühle der Demonstrationsfreiheit insofern entgehen, als sie sich über die Auflagen hinwegsetzen und sich so nicht vereinnahmen lassen. Das ist ihnen durchaus gelungen. „Allerdings soll in ihren Augen der Protest selber, die Art seiner öffentlichen Präsentation schon die wesentliche Botschaft vermitteln; er soll unmittelbar zur Anschauung bringen, was sie den Adressaten ihres Protests mitzuteilen haben.“ (S. 32) Dass sie sich über die Auflagen hinwegsetzen und sich in Gegensatz zur Polizei begeben, verdankt sich nicht dem bloßen Zweck, den Inhalt der „Demonstrationsfreiheit“ nicht mitmachen zu wollen, sondern dies soll den Nachweis führen, wogegen sie sich richten. Dabei bringen sie (dummerweise) zwei Sachen auf einen Nenner, die sehr wenig miteinander zu tun haben. Es soll nachgewiesen werden, dass die Gewalt, die hier gegen die Demonstranten ausgeübt wird, das Gleiche ist wie die Gewalt, die ausgeübt wird, um imperialistische Interessen durchzusetzen.

— *In dem Flugblatt „Wellcome to hell“ führen die Protestierer alles Mögliche auf, Sklavenarbeit, Kinderarbeit, Folter. Wie das zusammenhängt, da hätten sie sich ein paar Gedanken machen können. Aber das ist für sie alles Gewalt, die wollen sie sichtbar machen darüber, dass die Polizeikräfte mit Wasserwerfern gegen sie auftreten. Was haben sie eigentlich für eine Vorstellung von der Gewalt, die es hierzulande gibt? Es ist doch nicht der Witz an der Gewalt, dass da Demonstranten abgeführt werden. Sie zeigen immer auf die Gewalt, die gegen etwas vorgeht, statt sich zu überlegen: wofür ist denn die Gewalt?*

Die Autonomen gehen davon aus: Weltweit herrschen menschenverachtende Zustände, überall wird mit Gewalt vorgegangen, überall nur Tod, Krieg und Terror. Dass es auch bei der G20-Veranstaltung in Hamburg darum geht, sieht man daran, dass der Ausnahmezustand herrscht, die Polizei überall auf den Dächern ist, und Militär in Reserve gehalten wird. Für diesen Nachweiszweck, setzen sie sich sehr großzügig über den Inhalt ihrer Aufreihung hinweg: Ob ein Krieg in Syrien geführt wird, streikende Arbeiter in Südamerika niedergemacht werden, oder die deutsche Polizei die Veranstaltung in Hamburg ordnungsgemäß ablaufen lassen soll, das sind grundverschiedene Sachen. In dem Sinn merkt man vom Ausgangspunkt her: Worauf es ihnen ankommt, ist der pure Nachweiszweck, dass Gewalt herrscht; das soll in der Form des Protestes zum Ausdruck gebracht werden.

Zu dem, dass sie nicht zwischen diesen verschiedenen verfolgten Zwecken unterscheiden können, muss man vielleicht nicht bestreiten, dass ganz allgemein betrachtet die weltweit existierende Gewalt schon zusammen hängt. Nur wäre eine Unterscheidung schon hilfreich, denn da fängt die Erklärung ja erst an. Eigenartig ist weiter ihr Aufruf, die Gewalt mit ihrer Demo sichtbar machen zu wollen (die es also offensichtlich nicht so ohne weiteres ist). („Ob diese zynische Gewalt sichtbar oder ... überlagert wird, ... darum geht es ... in Hamburg.“ (S. 32, o.)) Sie setzen sich nicht einfach über die Vorschriften hinweg, sondern sie setzen sich mit einem *um zu* darüber hinweg, nämlich sichtbar zu machen, dass es die Gewalt *hier* gibt. Das muss man auch erst mal verstehen, dass das dasselbe sein soll. (Die Adressaten haben sie offensichtlich nicht im Visier, die das ganz anders sehen – damit wird sich im Artikel später auseinander gesetzt).

Dass sie „die globale Gewalt ausgerechnet durch die Gewalt sichtbar machen wollen, die die Ordnungskräfte gegen sie selbst ausführen“ (S. 32, m.), ist ein einfaches Faktum. So haben sie ihre Demos inszeniert, so haben sie gesagt, dass sie per Regelbruch demonstrieren und sich darüber hinwegsetzen wollen. Dass es gewalttätig auf der Demo zugeht, war im Demo-Zweck eingeschlossen. Der Vorwurf ist nicht, die wollen sich verprügeln lassen, sondern es ist dieses Unterfangen. Und wenn es dann soweit kommt, dass die Demo verboten wird, Wasserwerfer eingesetzt werden, oder einige vorläufig festgenommen werden, dann ist das die sichtbar gemachte Botschaft, auf die es ihnen ankommt: *Hier* herrscht Gewalt, genauso wie *überall sonst* auf der Welt.

— *Bei ertrinkenden Bootsflüchtlingen, Diktaturen etc. da sieht es jeder, aber hier ist es verschleiert. Also zeigen sie mit ihrer Demo, wie die Gewalt hier (heimlich) vorhanden ist. Aber was zeigen sie denn da?*

Die Art, wie die Demo veranstaltet wird, soll hervorbringen, dass die hiesige Staatsgewalt sich als Gewalt, also als illegitimer Übergriff auf die Leute zu erkennen gibt. Was man sonst nicht erkennt, weil es z. B. unter den prachtvollen Empfängen verschleiert ist. Und im Alltagsleben der Republik die Gewalt nicht die offenkundige Regel ist.

Der erste Abschnitt (S. 32) sagt nur, die Form, die sie ihrem Protest geben (dass sie sich nicht an die Auflagen halten, und dann die Gewalt des Staates zuschlägt), soll zugleich die Botschaft enthalten, die sie rüberbringen wollen: dass das ganze globale System auf Gewalt und Unterdrückung beruht. Diese Identität steht im zitierten Demo-Aufruf drin.

— *Auf diesen Artikel hin haben sie sich beschwert, das sei ein unlauterer Vorwurf, so wäre das mit dem Sichtbar-machen nicht gemeint, sondern man wolle auf die Gewalt hinweisen, die allenthalben in der Welt unterwegs ist; als Nachweis haben sie dann mehrseitige Pamphlete auch ins Internet gestellt, wo überall auf der Welt Gewalt herrscht. Sie hätten es gar nicht nötig, das durch Randalen sichtbar zu machen. Sie weisen auch darauf hin, dass sie den Adressaten schon alle möglichen Erklärungen anbieten. Das ist sicher auch der Fall und dabei unterscheiden sich die Gruppen auch, da gibt es eine ziemliche Bandbreite.*

— *Warum schreiben sie es dann in ihren Aufruf? Wir reden nicht über das, was sie sonst treiben, sondern über die Randalen-Demo, die von ihnen so aufgezogen wurde. Da ist es unsauber argumentiert, gegen einen Artikel, der ihren Protest und dessen Botschaft kritisiert, zu halten, an anderer Stelle hätten sie aber noch viel theoretisch Tiefgründigeres geschrieben. Mag sein, aber das war ja nicht das Thema des Artikels.*

Man will ja nicht bestreiten: Wenn sie in die Welt schauen, sehen sie wirklich überall empörende Zustände, erregen sich darüber und fassen es als: unmenschliches System, überall herrscht Gewalt und Krieg. Das ist die eine Abteilung. Das wird hier zusammengeschlossen mit dem Gipfel-Aufruf, nach welchem sie dem Gipfel, diesem schönen Schein, der glanzvollen Inszenierung etwas gegenüber setzen wollen. Das, was sie dem

gegenüber setzen, soll in der Art und Weise, wie sie da auftreten, ihre Botschaft übermitteln: überall in der Welt geht es menschenverachtend und terrormäßig zu. Diesen Protest wollten sie auf die Straße bringen. Dazu haben sie sich sehr unterschiedliche Sachen einfallen lassen: Dafür muss man bunt sein, Regeln verletzen, Flugblätter verteilen etc. Ihr Anliegen war, diese Botschaft durch ihren Protest kenntlich zu machen: auch am Gipfel merkt man, hier gibt es nichts anderes als Gewalt.

Und zwar soll das kenntlich werden dadurch, dass es unmittelbare Anschauung ist. Und gegen diese unmittelbare Anschauung ist das erste Argument des Artikels: wie soll man ausgerechnet daran, dass eine Demo einen Polizeieinsatz provoziert, sehen, dass es überall auf der Welt das Gleiche ist.

Im Artikel steht: Die Demo wird veranstaltet mit dem Zweck: 'Wir lassen uns nicht vereinnahmen', und wenn die Polizeigewalt gegen uns vorgeht, zeigt das was. Es wird nicht behauptet, sie hätten keine anderen Nachweise für die Gewalt auf der Welt und die Gründe dafür, sondern: welchen Stellenwert geben sie der Demo, was soll die bewirken. Dass eine Demo ein schlechtes Mittel ist, merken sie sogar und versuchen das mit der Botschaft zu verbinden, dass man an der dann ausgeübten Gewalt was merken kann. Dazu wird im Artikel gesagt: das ist sehr untauglich. Erstens geht es bei der sonst ausgeübten Gewalt um etwas ganz Bestimmtes (das ist nicht alles dasselbe) und zweitens: *wem* wollen sie so etwas beweisen. Diejenigen, denen sie so die Augen öffnen wollen, sehen das ganz anders. (das ist der nächste Abschnitt). Es ist eine Verdrehung von ihnen, zu behaupten, der Artikel würde sagen, sie könnten den Nachweis nur so führen. Eine Demo ist eh ein problematisches Mittel, dem geben sie darüber eine Bedeutung, dass sie sich über die Auflagen hinwegsetzen. Dazu muss man sagen: Da ist 1. der Haken, dass man daran nicht zeigen kann, was man allgemein als Urteil über die Welt hat. Und 2. fassen die angesprochenen Adressaten das ganz anders auf.

Klar, wenn bei einer Demo die Polizei gegen Demonstranten vorgeht, sieht man die ausgeübte Gewalt. Was sonst. Aber das ist doch in dem Sinn gar nicht ihre Aussage: wir wollen (nur) die Gewalt der Polizei sichtbar machen. Sondern das soll doch für viel mehr stehen; die Aktion selbst soll die Botschaft sein, dass die Welt schrecklich ist.

Dass es überall auf der Welt Gewalt gibt, sieht man in der Tagesschau. *Was* man an der Gewalt sieht, ist jedes Mal was anderes. Aber die sind der Auffassung, immer, wenn man Gewalt sieht, ist es die zynische Gewalt von Kapitalismus und Imperialismus und dummerweise sehen die Leute hierzulande das nicht. Also muss man ihnen vorführen, dass auch hier die zynische Gewalt der Mächtigen herrscht. Aber, was sieht ein deutscher Bürger, wenn er die Demo sieht, sieht er dann die zynische Gewalt überall auf der Welt? Oder fragt er sich eher, ob das Gewaltmonopol des Staates übertrieben oder angemessen ist, oder eher zu wenig Gewalt eingesetzt hat?

— *Es gibt ja keinen rechtschaffenen Menschen auf der Welt, der nicht gegen Ausbeutung, Kinderarbeit und Folter ist. Aber deren Empörung ist eine Empörung von Parteigängern dieses Staates, die dann höchstens auf Forderungen nach mehr Entwicklungshilfe oder ein UNO-Mandat kommen. Mit diesen Adressaten schlagen sie sich herum und meinen, um aus den Parteigängern Gegner des Staates zu machen, muss man ihnen nur dessen menschenfeindliche Fratze vorhalten.*

Das war der Hinweis im Artikel (2. Abschnitt, S. 32, m.), was können sie eigentlich bei den Adressaten erreichen. Die Fortsetzung ist: die Gewalt, die sie da zeigen, soll für etwas stehen, das allgemein etwas ist, worüber man sich zu empören hat. Und dann wird ja diese Abstraktion von, es ist überall Gewalt und alles ist Unterdrückung, besprochen und auseinandergenommen. Gerade darüber wird das, was wirklich als Gewalt in dieser Gesellschaft existiert, nicht getroffen (3. Abschnitt).

— *Dass für die Flugblatt-Herausgeber „die Wirtschaftsweise und Weltordnung in nichts anderem bestehen (soll, als) der Gewalt, die keinen anderen Zweck hat, als die übergroße Mehrheit in aller Welt zu unterdrücken ...“ (S. 32, u.), der Beweis dieser Aussage fehlt mir im Artikel.*

— *Die Gewalt auf der Welt, die sie zeigen wollen, ist gar nicht eine der kapitalistischen Verhältnisse an sich, sondern eine Gewalt, die macht sich daran kenntlich, dass es einen Widerstand gegen sie gibt und der wird niedergeschlagen.*

Vom Zitat her: Da tauchen Ausbeutung, Unterdrückung, Abschottung auf als Auswirkungen von „neoliberalen, protektionistischen Kapitalismusmodellen“, wo sich eigentlich von selbst versteht, dass es die nicht geben darf, nicht geben soll und eigentlich auch nicht kann. Die gibt es nur, weil sie mit umfassender, weltweit verbreiteter Gewalt aufrecht erhalten werden. Der Gedanke ist: da wird per Gewalt eine Unterdrückung aufrecht erhalten, die sich eigentlich überlebt hat, gegen die schon einiger Widerstand unterwegs ist, die aber gegen alle Vernunft mit Gewalt aufrechterhalten wird.

— *Es ist eine Sache zu sagen, was ist der Gewaltcharakter der bürgerlichen Verhältnisse. Und es ist eine andere Sache, zu behaupten, die überall entdeckte Gewalt komme daher, weil die Verhältnisse gewalttätige sind, und weil sie gewalttätig sind, gibt es gegen sie Widerstand, der unterdrückt wird. Das wollen sie aufdecken, dass Widerstand, obwohl er unterdrückt wird, da ist.*

Die machen in dem Zitat diese Abstraktion: „Überall auf der Welt Ordnungssysteme aufrechterhalten“, egal welche Sorte Kapitalismus unterwegs ist, ob „neoliberal oder protektionistisch“, es ist immer das Gleiche: Mit Gewalt wird das Ordnungssystem aufrecht erhalten. Polizei und Militär sind das Subjekt im Satz.

— *Aber sie sagen doch: Sie haben eine Funktion, nämlich Kapitalismus aufrecht zu erhalten.*

Der „Abschottung, Verelendung und Ausbeutung“ ist, also die Menschheit unterdrückt.

— *Das ist die Vorstellung, man müsse sich nur trauen, um Widerstand gegen diese Politik der Gewalt anzustoßen; die geht davon aus, dass die Gewalt im Prinzip durchschaut ist und ganz viele Leute eigentlich*

schon dagegen sind, sie trauen sich nur nicht richtig. Deswegen muss man ihnen demonstrieren, dass es geht.

— Aber wenn man sich dann getraut hat, ist der Effekt vom getraut haben, dass man sichtbar gemacht hat, dass die Mächtigen einem auf den Kopf hauen. 'Dass sie nicht meine Interessen vertreten, sondern gegen mich Gewalt anwenden', das habe ich deutlich gemacht. Sie behaupten gar nicht, sie hätten Verhältnisse umgestürzt, sondern nur die Botschaft verbreitet: die Welt ist gewalttätig.

Diese Theorie, durch die Tat Vorbild sein und andere dazu bewegen, dass sie sich auch trauen, mag es früher gegeben haben. Hier wird von ihnen aber etwas anderes gedacht. Sie kommen von dem Urteil über die Welt her, dass kapitalistische Ordnungssysteme eigentlich nicht aushaltbar sind und es sie nur gibt, weil sie mit Gewalt aufrechterhalten werden. Da ist der Fortgang hier: dafür finden sie hundertfach Belege. Sie deuten auf lauter neue Skandale, die Zeitung ist ja auch voll von dem, was sie zitieren (niedergeprügelte Aufstände, Arbeitssklaven, ertrinkende Flüchtlinge usw.), das ist ihnen der Beleg, dass sie mit ihrer Sache richtig liegen. Das nächste ist, dass sie, weil ihnen das so oberdeutlich ist und alle Welt es doch auch sehen müsste, darauf kommen, zu behaupten, wenn die Leute, obwohl sie solche Schweinereien im Fernsehen sehen, andere Schlüsse daraus ziehen, also nicht widerständig werden wie sie, läge die Erklärung in der Verschleierung. Alles, was es neben diesen empörenden Zuständen noch gibt, nehmen sie zur Kenntnis als: Da ist die Gewalt nicht so unmittelbar gewalttätig (mehr zivil), also kann es sich nur um „Nebelkerzen“ handeln. So sortieren sie sich die Welt zurecht: Die empörenden Zustände, die sie sichtbar machen und gegen die sie aufstehen, sind die eine Abteilung und die andere ist eine reine Verschleierungs-Veranstaltung, wo man nur das eine machen kann: Widerstand leisten, der die Ungeheuerlichkeit der Verhältnisse dem Rest der Menschheit deutlich macht. So wird von ihnen argumentiert.

Im Zitat (S. 32) ist ihre Hauptanalyse: Nur mit Gewalt werden furchtbare Zustände aufrechterhalten. Kapitalismus wird zwar benannt, aber nur in (fast albernen) Formeln: neoliberale Zustände, protektionistische Kapitalismusmodelle. (Man weiß gar nicht, was sie sich eigentlich darunter vorstellen, was daran das Schlimme sein soll.) Worauf es ihnen ankommt ist, dass alles eben globale Abschottung, Ausbeutung, Verelendung, also furchtbar ist. Und das wird überall auf der Welt mit Gewalt aufrechterhalten. Sie empören sich über alles Mögliche, was ihnen schlecht erscheint. Die Gründe interessieren sie nicht, der wirkliche Zusammenhang, wieso Verelendung, Ausbeutung herrscht, ist gleichgültig, aber elend ist es, und das wird mit Gewalt aufrechterhalten. Da kommt der Schluss raus: ihre Empörung ist gleichzeitig das Urteil über die Sache.

— Da wird deutlich, dass es eine zwecklose Gewalt ist, die keinen positiven Zweck hat.

Bzw. der sie nicht interessiert. Was sie daran interessiert, ist die Gewalt, Unterdrückung ist das Urteil über alles: Furchtbare, schädliche Zustände werden mit Gewalt aufrechterhalten. So wird die Menschheit traktiert.

— Die Eigenart dieser Gewalt ist meine Empörung über sie. Das ist gleich das Urteil und der Grund für die vorgefundene Sache. Statt dass die Empörung der Anlass ist zu sagen, warum findet das alles so statt, nebeneinander dort Armut, dort Reichtum?

Die Empörung wollen sie dann bei den Adressaten provozieren, eben darüber (siehe Anfang), dass sie zeigen, wie schlimm sie selbst behandelt werden.

— Die wollen schon zeigen, dass auch sie Opfer sind. Natürlich wollen sie nicht verprügelt werden. Aber dass die Welt ein einziges Gewaltopfer ist, wollen sie schon an sich zeigen. Das Verprügeln hat einen höheren Sinn: die Bedeutung, die Gewalt der Verhältnisse sichtbar machen.

— Wieso heißt es im letzten Absatz: „Hat man sonst noch wem irgendeinen kritischen Denkanstoß gegeben?“ (S. 34, o.), weil die Veranstalter meinen doch, ihr Sichtbar-machen, dass die Welt ein einziges Gewaltinstrumentarium ist, wäre der Denkanstoß, auf den es ankommt.

Da kürzt sich das Denken aber raus. Wenn das Sichtbar machen unmittelbar zur Empörung führt, dann ist bloßes Sichtbarmachen ein Agitationsmittel, das ist ein Zusammenhang, der nur für sie selbst gilt. Wenn sie hinschauen, dann empören sie sich.

Diese Empörung haben sie auf die Straße getragen, aber: Was folgt aus der Empörung? Wenn man die Leute auf skandalöse Zustände aufmerksam macht (die übrigens die Allermeisten nicht schön finden), dann wäre doch zu fragen: was kann man dagegen machen? Aber für sie ist das ein Erfolg, dass sie ihre Empörung auf die Straße gebracht haben. Damit sind sie fertig. In dem Sinne wird festgestellt: die mögen zwar meinen, sie haben etwas ins Rollen gebracht, beim nächsten Mal wollen sie noch mehr Empörung auf die Straße bringen, aber einen Denkanstoß bei irgendjemand über den Kreis raus, der wie sie selbst eh schon empört ist, haben sie nicht erreicht.

— Mir fällt ein, früher sind wir auch auf Demos gegangen und wurden von der Polizei verprügelt. Dann war man empört über die Schweinerei der Polizei. Aber das war doch was anderes.

Das Kriterium war da aber schon, ob man irgendjemanden mit den Parolen und Flugblättern in seiner Auffassung irritieren kann. Diesem Anliegen ist der Polizeiknüppel in die Quere gekommen. Hier wird angedeutet: Wenn das fragwürdige Instrument einer Demonstration überhaupt einen Sinn haben soll, dann wäre das, dass man irgendwie einen Denkanstoß bewirken könnte, was man auf Parolen (auch Flugblättern und Transparenten etc.) schwer überbringt, aber dann würde es erst losgehen. Bei denen ist aber die Demo selbst der Akt, in dem sie Widerstand zeigen und damit sich identisch setzen mit dem Kampf gegen die weltweite Unterdrückung. Für sie ist der Kampf gegen die Unterdrückung nichts anderes, als von einer Demo auf die andere zu gehen. Und sich dort auseinanderzusetzen.

— Das steckt in der Form des Sichtbarmachens schon drin. Was die Leute denken ist eh ok. Sie müssen nur

auf das richtige schauen.

Das ist ja auch in dem Abschnitt auf S. 33 der Witz. Es sind alles trostlose Verhältnisse, die nur durch die Gewalt aufrechterhalten werden können. Das merken die Leute nicht, weil es verschleiert wird. Deswegen muss man den Schleier runter reißen, indem man die Staatsgewalt zwingt, sich zu outen. Das meinen sie, erreicht zu haben.

— Das ist im letzten Abschnitt mit „selbstgenügsam“ gemeint. Dass sie Empörung und Akt des Widerstands gleich setzen und Wesentliches verpassen. Es ist eine Stellung zur Welt, die findet etwas nicht gut und braucht keinerlei Beurteilung.

Sie messen sich nicht an irgendetwas außerhalb von ihnen selbst. Sie fragen sich nicht, haben sie jetzt jemandem etwas klar gemacht, oder haben sie irgendetwas Positives bewirkt, sondern dass der Protest stattgefunden hat, dass sie ihn abgewickelt haben, ist der Erfolg.

— Die lassen sich nicht davon irritieren, dass andere das ganz anders sehen, dass alle dazu nur sagen, die Randal-Macher gehören noch ganz anders gedeckelt.

Das nächste Mal der Artikel GS 4-17 „Europäisches Superwahljahr“ dazu auch: Was sind Sondierungsgespräche?